

Akiva Eldar

Bedingt abzugsbereit

Viele Israelis würden die Siedlungen bei angemessener Entschädigung verlassen. Aber auch wenn ein entsprechendes Gesetz in Vorbereitung ist, eine Räumung wird kaum friedlich verlaufen. Denn neben Familien, die sich aufgrund von Vergünstigungen dort niedergelassen haben, existiert ein religiös-nationalistisches Lager, für das die Aufgabe der besetzten Gebiete einem Verrat gleichkäme.

Akiva Eldar

(* 1945) ist Chef-Kolumnist der renommierten israelischen Tageszeitung *Ha'aretz*. Er erhielt den *Search for Common Ground-Preis* für Nahost-Journalismus. 2007 erschien auf deutsch bei DVA: *Die Herren des Landes: Israel und die Siedlerbewegung seit 1967*.
eldar@haaretz.co.il



Sein offizieller Name ist »Sicherheitszaun«, ein Zaun oder eine Mauer, deren Aufgabe es ist, die Sicherheit derjenigen zu garantieren, die westlich der »grünen Linie« leben, der bis zum 4. Juni 1967 bestehenden Grenze Israels. Jedoch spricht die israelische Öffentlichkeit, vor allem, wer östlich von dieser Linie lebt, von einem »Trennzaun«. Allen ist klar, dass nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen Israel und den Palästinensern keine israelische Souveränität mehr jenseits dieser Linie bestehen wird. Bereits heute will ein Makler, wünscht ein Siedler sein Haus zu verkaufen, als erstes wissen, auf welcher Seite des Zauns sich das Objekt befindet. Bereits heute trennt der Zaun zwei verschiedene Gruppen von Siedlern.

Zum Rückzug bereit

Die größte Gruppe – ca. 60 % der jüdischen Bevölkerung im Westjordanland – lebt westlich des Zauns. Diese Menschen werden von einer Grenzregelung profitieren, die am Verlauf des Zauns ansetzt (mit Korrekturen, die aufgrund von Beschlüssen des Obersten Gerichtshofes vorgenommen

werden müssen). Die Einbeziehung ihrer Häuser, die sich auf besetztem Gebiet befinden, in das souveräne Gebiet des Staates Israel wird ihren Status dem der Bewohner Tel Avivs und Haifas gleichsetzen. Das politische Profil dieser Siedler entspricht fast dem des Durchschnitts-Israelis auf der anderen Seite der Grenze vom 4. Juni 1967. Eine Minderheit unter ihnen unterstützt die Parteien der extremen Rechten. Die meisten werden höchstwahrscheinlich die Entscheidung der Knesset und der Regierung akzeptieren, wenn diese beschließt, sich aus den meisten Gebieten zurückzuziehen.

Die zweite Gruppe, die ungefähr 80.000 Menschen zählt – ungefähr 20.000 Familien – lebt seit der Errichtung des Zauns in der Angst vor einer drohenden Entfernung aus ihren Häusern. Sie sind sich bewusst, dass ihre Zeit begrenzt ist, wohlwissend, dass ihr Wohnort sich nicht mehr auf dem Territorium des Staates Israel befinden wird. Etwa die Hälfte der Menschen, die östlich des Zauns leben, besteht aus Personen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten konnten, ein schönes Heim mit eigenem Garten innerhalb von »Kleinsrael« zu erwerben. Die israelischen Regierungen verleiteten junge Familien und Neueinwanderer dazu, ein Heim in einer Siedlung zu errichten. Dies geschah mittels großzügiger Kredite, steuerlicher Erleichterungen und anderer Vergünstigungen. Die erste *Intifada* und in verstärktem Maße die zweite *Intifada* wirkten sich negativ auf ihr Sicherheitsgefühl und ihre Lebensqualität aus. Dies führt zu einer sin-

kenden Nachfrage für ihre Häuser und zu Schwierigkeiten, dafür Käufer zu finden.

Um ihre Präsenz in diesen Gebieten zu rechtfertigen, übernahmen Viele rechte Positionen, doch einige Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit ihre Häuser freiwillig gegen eine angemessene Entschädigung räumen würde; diese soll es ihnen ermöglichen, eine attraktive Bleibe in der Landesmitte oder in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu finden. Sie haben aus der Erfahrung der Siedler des Gazastreifens im Sommer 2005 gelernt: Zusätzlich zum politischen Kampf zwecks Verhinderung des Rückzugs aus dem Westjordanland soll, um ihre Zukunft zu sichern, mit den Behörden für den Fall verhandelt werden, dass der politische Kampf scheitert. Es zeigt sich, dass diejenigen Siedler, die sich den Anführern des Aufstands gegen den Räumungsplan Ariel Sharons widersetzt und nach Alternativen gesucht haben, mit größerem Erfolg

ein neues Leben für sich aufbauen konnten als diejenigen, die den führenden »Aufständischen« Folge leisteten. Bestimmten Siedlungen, die in der Frühphase der Rückzugsplanung eine pragmatische Haltung an den Tag legten, gelang es sogar, sich gemeinsam innerhalb des israelischen Staatsgebietes anzusiedeln und so die Strukturen ihres Gemeinwesens zu bewahren.

17 Knesset-Abgeordnete der Linken und der politischen Mitte, an deren Spitze Vizepremier Haim Ramon von *Kadima* und Minister Ami Ayalon von der *Arbeitspartei* stehen, arbeiteten in den letzten Monaten an einem Gesetz, das es den Siedlern östlich des Grenzzauns ermöglichen soll, bereits jetzt ihre Häuser an die staatlichen Behörden zu verkaufen. Dabei soll die Regierung die Häuser zumauern und sie den Palästinensern als Teil eines endgültigen Abkommens übertragen. Premierminister Ehud Olmert äußerte gegenüber den Ini-

tiatoren seine grundsätzliche Unterstützung des Gesetzes, doch aus politischen Gründen hat er es nicht eilig, dieses der Regierung und der Knesset vorzulegen.

Ideologische Hindernisse

Die andere Hälfte der Bewohner, die östlich des Zauns lebt, gehört zur ersten, zweiten und dritten Generation der Familien, die die Gebiete aus religiös-ideologischen Motiven besiedelt haben. Die Reaktion dieser Menschen auf die einseitige »Abkoppelung« vom Gazastreifen und von Nordsamaria und die infolge dieses Rückzugs erlittenen seelischen Wunden lassen nicht vorhersagen, wie sie auf den Beschluss, den größten Teil der Westbank zu räumen und auch einen Teil von Ostjerusalem abzutrennen, reagieren werden. Sie glauben, dass diese Gebiete auf Ewigkeit zum jüdischen Staat gehören müssen. Ihnen zufolge ist die Formel »Frieden im Tausch gegen Gebiete« aus religiöser und nationaler Sicht Verrat. Sie stelle einen Verstoß gegen das göttliche Gebot dar, das verheißene Land für das ausgewählte Volk zu erobern, und bedeute zudem einen Verrat an der zionistischen Vision, die zur Besiedlung des gesamten Landes mit Juden aus allen Teilen der Welt aufruft. Hebron, das im Jargon der Siedler »die Stadt der Väter« heißt, steht ihnen viel näher als Tel Aviv. Viele von ihnen würden lieber sterben, anstatt die Altstadt von Jerusalem an arabische Machthaber zurückzugeben.

In den Monaten, die der Räumung des Gazastreifens und Nordsamarias vorausgingen, drängte die geistige Führung – Rabbiner und Vorsteher der religiösen Akademien – ihre Anhänger, auf gewaltsame Aktionen zu verzichten. Sie versprachen, dass durch Gebet und Glauben das drohende Unheil abgewendet werden könne. Der Erfolg der Räumungsaktion, die relativ leicht und schnell über die Bühne ging, hatte unter den Siedlern, insbesondere bei der jün-

geren Generation, eine große Vertrauenskrise zur Folge. Diese galt nicht nur der politischen, sondern auch der religiösen Führung und wirkte sich auf die alte Allianz zwischen der religiös-zionistischen und der weltlich-zionistischen Öffentlichkeit aus. Viele Jahre galt Sharon für die Siedler als eine Brücke zwischen diesen beiden zionistischen Strömungen. Er ermutigte sie, Siedlungen zu errichten, finanzierte sie und wies sogar die Armee an, bei von den Siedlern begangenen Verstößen gegen das Gesetz ein Auge zuzudrücken. Und siehe da, derselbe Sharon befiehlt der Armee, Siedlungen zu zerstören und das Land an die Araber zu übergeben. Mehr noch, er tauschte die Bezeichnung des Westjordanlandes als »Jehuda und Samaria« gegen die von der israelischen Linken benutzte Bezeichnung »besetzte Gebiete«. Die Auflösung der Siedlungen im Sommer 2005 ist in ihren Augen nicht nur ein Akt politischer Hinterhältigkeit, der auch die Grundfesten des historischen Spannungsverhältnisses zwischen zwei Strömungen berührt: Der zionistisch-religiösen Richtung einerseits unter der Führung von Rabbiner Abraham Jitzchak HaCohen Kook, der an die Zusammenarbeit mit den säkularen Israelis glaubte und im zionistischen Visionär Theodor Herzl sowie im Kriegshelden Sharon Verkünder der Erlösung sah. Und andererseits dem ultraorthodoxen Judentum, das in den Zionisten falsche Messiasse sieht. Infolge des »Verrats« von Sharon kündigten nicht wenige Siedler an, dass sie in Zukunft nicht ausschließlich die Autorität der Regierung und der Knesset anerkennen werden, sondern auch die ihrer Institutionen (des Siedlerrats von Judäa, Samaria und Gaza und der rechten Parteien). Sie erklärten die Gründung eines »Königreiches Judäa«, näherten sich der ultraorthodoxen Strömung an und übernahmen Lebensformen aus biblischen Zeiten.

Es wäre aber ein fataler Irrtum, aus der relativ ruhig verlaufenen Räumung des Gazastreifens zu folgern, dass die nächste

Phase – die Räumung von 74 Siedlungen jenseits des Zauns – ohne Gewalt durchgeführt werden kann. Um einen Schock in der israelischen Gesellschaft auszulösen, bedarf es nicht Tausender Demonstranten in den Straßen. Eine Gruppe von einigen Hundert Siedlern aus dem fanatischen religiös-nationalistischen Lager, ausgerüstet mit einer nicht unbeträchtlichen Menge an Waffen und finanziell unterstützt von jüdischen Gemeinden im Ausland, ist ausreichend, um Provokationen zu bewirken, die jede Regierung vor einer Konfrontation mit den Siedlern abschrecken könnte.

Viele demokratische Staaten im Westen und auch Staaten im Nahen Osten bemü-

ten sich in den letzten Jahren, die Entwicklung extremistischer fundamentalistischer Bewegungen zu bremsen, die den göttlichen Geboten Vorrang vor der Autorität staatlicher Institutionen geben. Israel ist wahrscheinlich der einzige demokratische Staat, der jahrelang diese Bewegungen gefördert hat und weiterhin fördert. Jahrelang haben israelische Regierungen mit Entschlossenheit in die Siedlungen investiert und sie entwickelt. Eine Regierung, die beschließt, das dort gewachsene Unkraut auszureißen, wird dasselbe Maß an Entschlossenheit aufwenden müssen, um diese Siedlungen auszutrocknen und zu entfernen.

(Übersetzung aus dem Hebräischen von Nicholas Yantian.)

Alon Pinkas

Amerika, das neue Jerusalem

Der jüdischen Lobby wird eine übermäßige Macht innerhalb der amerikanischen Politik nachgesagt. Es wird jedoch übersehen, dass dieser Einfluss auch ein beachtliches Maß an Integration bedeutet. Die Juden Amerikas widmen sich nicht – wie gängige Mythen suggerieren – allein den Belangen Israels, sondern sind vor allem loyale Amerikaner.

Das Gedicht *Der neue Koloss* der amerikanisch-jüdischen Poetin Emma Lazarus ist am Sockel der Freiheitsstatue auf eine Marmorplatte graviert. Am Ende steht: »Gib mir deine müden, deine armen, deine zusammengedrängten Massen, welche sich danach sehnen, freie Luft einzuatmen.« Amerika rief sie und sie kamen.

Seit den Zeiten, in denen die Juden noch ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre Unabhängigkeit wahren konnten, also bis etwa 70 n. Chr., ist dies wahrscheinlich die erstaunlichste Erfolgsgeschichte irgendeiner jüdischen Gemeinschaft. Die Integration der Juden in Amerika, von jüdischen Flüchtlingen zu jüdischen Amerikanern, zu amerikanischen Juden war kein einfacher Weg, aber unzweifelhaft ein Riesen-



Alon Pinkas

(* 1961) ist seit 1999 Stabschef des israelischen Außenministeriums. Zugleich war er von 2000 bis 2004 Generalkonsul Israels in New York. Seit diesem Jahr ist er Präsident des Riklis Centers for US-Israel Studies des Rabin Centers.

cschael@idc.ac.il

erfolg. Wir sprechen heute wie selbstverständlich über die »jüdische Stimme«, den »jüdischen Beitrag zur amerikanischen Politik«, die »Kandidaten umwerben die Juden« und die »amerikanisch-israelische strategische Allianz«. Ebenso über Metro-Goldwyn-Mayer, Arthur Miller, Woody Allen, Michael Bloomberg, Alan Greenspan oder Ben Bernanke.